

Dezember 2006

“... Das eigentliche Kernproblem der Integration ... (ist) das konzeptionelle Schisma zwischen den Mitgliedstaaten. Unvereinbare Perspektiven über die Zukunft des Kontinents prallen aufeinander. Während die einen in den “Vereinigten Staaten von Europa” eine Überlebenschance für den Kontinent sehen, betonen andere, sie seien nur einem Binnenmarkt beigetreten. Diese tiefe Diskrepanz in der finalen Perspektive droht der Erfolgsgeschichte der Integration ein abruptes Ende zu bereiten. Unübersehbar ist mittlerweile, dass der integrationspolitische Grundkonsens der Vergangenheit angehört. Vordergründig wird um Vertragstexte gestritten, im Kern geht es jedoch um antagonistische Zukunftsfixierungen. Ohne eine Verständigung über die künftige politische Ordnung des Kontinents könnte das Europa der 25 und bald mehr Staaten erodieren, möglicherweise sogar zerfallen. Solange dies nicht offen angesprochen wird, kann es keine positive Klärung der Problemlage geben.”

Dies ist die Voraussetzung, von der der vom Studienzentrum der Bertelsmann Stiftung ausgearbeitete Bericht *Europe's Strategic Responses* ausgeht; er dient als Anregung für die Leitlinien des Programms der deutschen Präsidentschaft für das kommende Halbjahr und ist auf dem im vergangenen September im Auswärtigen Amt in Berlin veranstalteten internationalen Forum, an dem Vertreter der verschiedenen Regierungen der Union teilgenommen haben, vorgestellt worden. Die derzeitigen Widersprüche im Aufbau Europas sind daher nicht nur Anlass zur Sorge für die europäischen Föderalisten. Auch die informierten politischen Führer und Regierungsvertreter sind sich dieser Tatsache sehr wohl bewusst, der allerdings die Antworten, die der Bertelsmann-Bericht und das Programm der deutschen Präsidentschaft liefern, offensichtlich nicht Rechnung tragen; die Vorschläge, die unterbreitet werden, reihen sich ein in die Tradition der schrittweisen Entwicklung des europäischen Prozesses und unterstützen die Ratifizierung eines neuen Vertrages, die Förderung weiterer differenzierter Integrationsmodelle und insbesondere eine europäische Verteidigung, gleichsam als ob man einen möglichen Kompromiss zwischen Visionen suchen wollte, die zuvor als “widersprüchlich und unvereinbar” galten.

Für die europäischen Föderalisten und generell für alle diejenigen, die der Auffassung sind, dass die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa notwendig und dringlich ist, ist es geradezu eine Pflicht, in diese Debatte einzugreifen und zu den Entscheidungen Stellung zu nehmen, welche die Regierungen zu treffen beabsichtigen; sie können auf diese Weise dazu beitragen, dass die Alternativen aufgezeigt werden, mit denen wir konfrontiert sind. Diese Alternativen lassen sich auf drei Arten von Problemen zurückführen, die in ebenso vielen Fragen zusammengefasst werden können: A) Genügt es, die Verträge zu achten und den *acquis communautaire* zu wahren, um dem europäischen Projekt eine Zukunft zu sichern?; B) Müssen die Mitgliedstaaten, die auf die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa abzielen, sich einfach nur stärker zusammenschließen oder müssen sie sich letztendlich vereinen?; C) Ist die Schaffung der europäischen Armee ohne die Gründung eines europäischen Staates eine wirkliche Option? Auf diese Fragen muss eine Antwort gegeben werden, wobei Scheinlösungen oder illusionäre Lösungen jedweder Art zu verwerfen sind.

A – Verständlich und gerechtfertigt ist die Sorge derer, die den in den Verträgen festgelegten *acquis communautaire* bewahren wollen, weil er den institutionellen Mindestrahmen dafür bildet, dass die für die europäischen Staaten, ihre Volkswirtschaften und ihre Gesellschaften inzwischen unabdingbar und unverzichtbar gewordene Zusammenarbeit weitergeführt wird. Daher liegt es im Interesse aller europäischen Länder, dass auf der Grundlage des mehr oder weniger gestrafften und mit einigen feierlichen Erklärungen und einigen Zusatzprotokollen versehenen europäischen Verfassungsvertrages ein neuer Vertrag verabschiedet wird, mit dem der Vertrag von Nizza substantiell geändert und der komplexe Gemeinschaftsmechanismus in seiner Funktionsweise zweckmäßiger gestaltet werden muss. Je früher dies geschieht, umso besser ist es. Andernfalls ist leicht abzusehen, dass die Denkpause auf unbestimmte Zeit verlängert wird, in der angesichts des nicht eindeutigen Charakters des Gegenstands, über den nachgedacht wird – nämlich eine Verfassung, die keine solche ist und die keinen Staat als Bezugsgrundlage hat –, das aufkeimende gegenseitige Misstrauen zwischen den verschiedenen Regierungen und Staaten sowie die zunehmende Ablehnung des europäischen Projekts durch die öffentlichen Meinungen den Konsens unwiderruflich unterhöhlen werden, der nicht nur notwendig ist, um Europa voranzubringen, sondern letztendlich auch, um das bereits bestehende Europa zu bewahren.

Die Annahme eines geänderten Vertrags von Nizza – oder wie man ihn auch immer nennen mag – wird dazu dienen, Europa wieder in Fahrt zu bringen, wobei von zwei Fixpunkten auszugehen ist. Zunächst geht es um die Bestätigung der Verpflichtung der 27 Länder, an einem europäischen Kooperationsrahmen festzuhalten; daneben ist der Tatsache Rechnung zu tragen, dass diese Länder in ihrer Gesamtheit nicht mehr tun wollen oder können, d. h. man muss zur Kenntnis nehmen, dass mit einem derartigen Vertrag – sollen alle ihn befürworten und verabschieden – jedwede Reform der europäischen Institutionen in föderalem Sinne *sine die* verschoben würde. Dies wäre gleichbedeutend damit, dass man offen eingesteht, dass es auf kontinentaler Ebene auf unbestimmte Zeit kein europäisches Machtgefüge geben wird, das die Wirtschaft sowie die Außen- und die Verteidigungspolitik lenkt. An diesem Punkt müssten die Regierungen und die Länder, die Europa wirklich retten wollen, sich konkret der Frage zuwenden – wollen sie kohärent und glaubhaft sein –, ob über die Verträge hinausgegangen werden sollte.

B – Dies führt uns zur Betrachtung der zweiten Alternative, der sich die Länder gegenübersehen, die sich die Frage stellen, wie Europa gerettet werden kann. Die Alternative kann heute nicht mehr darin bestehen, ob die Integration unter Festlegung gemeinsamer Regeln schneller oder weniger schnell zu erfolgen hat, sondern darin, ob man die politische Einheit oder das Fortbestehen der Teilung will. Spaltet man den Integrationsprozess weiterhin in eine nahezu unendliche Folge von Etappen, Kooperationsformeln und Kombinationen von Gruppen von Mitgliedstaaten auf, so bedeutet dies, dass man darauf verzichtet, das letztendliche Ziel der europäischen Einigung zu verfolgen. Das Europa der differenzierten Integration oder der verschiedenen Geschwindigkeiten ist schon seit langem eine Realität im europäischen Aufbauprozess, wie dies die bereits vor der Schaffung des Gemeinsamen Marktes bestehende Benelux-Union, die Euro-Zone im Währungsbereich und der Schengen-Besitzstand auf dem Gebiet der Freizügigkeit unter Beweis stellen. Heute besteht die wirkliche Herausforderung vielmehr darin, eine föderale politische Union zu schaffen, der zumindest am Anfang *wenige* Länder angehören, und darauf hinzuwirken, dass diese föderale Union eine Koexistenz mit der bereits bestehenden, von *vielen* Ländern gebildeten konföderalen Union der verschiedenen Integrationsgeschwindigkeiten eingeht. Diese Herausforderung kann nur unter zwei Bedingungen gemeistert werden. Zunächst müssen einige Regierungen einschließlich ihrer politischen Klassen auf die Strategie des schrittweisen Vorgehens und der kleinen Schritte verzichten. Diese Strategie war in der Tat sinnvoll, als es darum ging, die europäischen Länder an die Schwelle der politischen Einheit heranzuführen, sie ist jedoch nicht angebracht, will man darüber hinausgehen. Zweitens ist anzuerkennen, dass die Existenz einer Föderation innerhalb einer Konföderation von Staaten mit Sicherheit einige Probleme technisch-rechtlicher Art aufwirft, die *erst dann* wirksam von den Experten gelöst werden können, wenn eine Gruppe von Regierungen und Ländern die Entscheidung getroffen hat, sich zu vereinigen.

C – Die Errichtung einer europäischen Armee ist dringend geboten. Betrachtet man die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Stabilisierung der Länder des früheren sowjetischen Einflussbereichs, der von der Barentssee bis zum Schwarzen Meer reicht, sowie die Probleme im Nahen und Mittleren Osten, der sich von Ägypten bis Afghanistan erstreckt, und in einem Großteil Afrikas – um nur die der Europäischen Union nächstgelegenen Regionen zu nennen –, so wird verständlich, dass auf den europäischen Ländern eine große Verantwortung nicht nur für den Schutz der eigenen Interessen, sondern auch für die Wahrung des Weltfriedens lastet. Vor diesem Hintergrund können der Integrations- und der Erweiterungsprozess dazu dienen, dass die Voraussetzungen für eine friedliche Zusammenarbeit von immer noch von grundlegend verschiedenen historischen und sozialen Gegebenheiten geprägten Ländern geschaffen werden, nicht jedoch dazu, dass der für die Stabilisierung, Bewahrung und Konsolidierung dieser Zusammenarbeit erforderliche Sicherheitsrahmen Wirklichkeit wird. Auch die europäische Integration ist entstanden und hat sich entwickelt dank des Umstands, dass die Sicherheit der sechs Gründerstaaten sowohl in militärischer Hinsicht als auch in Bezug auf die Energie- und Handelsströme von dem amerikanischen Verbündeten gewährleistet worden ist. In dem Maße, in dem Westeuropa nicht mehr im Zentrum der weltweiten strategischen Interessen der USA steht, fällt daher den Europäern die Aufgabe zu, sich unmittelbar um die eigene Sicherheit zu kümmern. Einige Regierungen nehmen dies inzwischen mit einer gewissen Klarheit zur Kenntnis, und man beginnt wieder, von einer europäischen Armee zu sprechen.

Somit wird mehr als deutlich, dass es im Bereich der Verteidigung und der Außenpolitik unmöglich ist, schrittweise voranzugehen. Hier besteht die Alternative darin, sich entweder mehrere einzelstaatliche Armeen und militärisch-industrielle Komplexe zu leisten, die höchstens zusammenarbeiten, in letzter Instanz jedoch den jeweiligen einzelstaatlichen Exekutiven Rechenschaft ablegen, oder eine europäische Armee mit einem europäischen Generalstab zu schaffen, der einer europäischen Exekutive verantwortlich ist. Das Scheitern der EVG vor mehr als einem halben Jahrhundert hat deutlich gemacht, dass nicht die Armee das Instrument ist, um schrittweise und letztendlich den Europäischen Bundesstaat zu errichten, sondern dass umgekehrt der Europäische Bundesstaat das einzige Instrument ist, um tatsächlich die Verteidigung Europas und seine Außenpolitik zu organisieren, die untrennbar mit der Verteidigung verbunden ist.

Die großen Veränderungen, welche die neue Weltordnung sowie die ökologischen und ökonomischen Herausforderungen mit sich bringen, deuten darauf hin, dass es den Europäern binnen kurzem nicht mehr möglich sein wird, die notwendigen Entscheidungen aufzuschieben, und dass für sie zum dritten Mal seit Beginn des vergangenen Jahrhunderts der Zeitpunkt kommen wird, dass sie sich mit den Folgen ihrer nicht getroffenen Entscheidungen auseinandersetzen müssen. Die Folgen in der Vergangenheit waren zwei Weltkriege. Es ist nicht absehbar, welche konkreten Auswirkungen die wachsenden Ungleichgewichte zwischen den verschiedenen Kontinenten in unmittelbarer Zukunft auf Militär, Umwelt, Wohlstand und Recht haben werden. Die Europäer können sich darauf beschränken, *nur* an dem Europa der Verträge festzuhalten, und sich dabei der Illusion hingeben, dass sie möglichst lange von den Folgen der nächsten Krisen verschont bleiben. In diesem Fall lässt sich mühelos voraussehen, dass jeder Staat bei den ersten Anzeichen einer Gefahr danach trachten wird, sich selbst auf Kosten der Nachbarn zu retten, was die Lage in Europa und weltweit weiter verschlimmern wird. Oder sie können damit beginnen, *auch* ein Europa aufzubauen, das ausgehend von der Gruppe der Gründerstaaten mit Frankreich und Deutschland an der Spitze auf einem föderalen Pakt beruht, um auf diese Weise den ersten Kern eines Europäischen Bundesstaates zu gründen. Nur so lässt sich die Zukunft Europas sichern und werden gleichzeitig die Grundlagen dafür geschaffen, dass ein europäisches Machtgefüge entsteht, das unverzichtbar ist, will man die Sicherheit und die Entwicklung unseres Kontinents gewährleisten und im Zusammenwirken mit den übrigen Machtpolen auf der Welt dazu beitragen, dass die internationale Anarchie nicht die Oberhand gewinnt.

Publius

---

Unter der Federführung der Stiftung Mario und Valeria Albertini

---

Editrice EDIF Onlus, via Volta, 5 - I-27100 Pavia - E-mail: [publius@euraction.org](mailto:publius@euraction.org)  
Direttore responsabile Elio Cannillo - Autorizzazione Tribunale di Pavia n. 574 del 9 settembre 2002  
Stampatore PIME SRL, Pavia - Poste Italiane s.p.a., Spedizione in Abbonamento Postale D.L. 353/2003  
(conv. in L. 27/02/2004 n. 46) art. 1, comma 2, DCB Pavia  
[www.euraction.org](http://www.euraction.org)